

BGB Allgemeiner Teil

Köhler

48. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-81983-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Köhler
BGB Allgemeiner Teil


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

BGB

Allgemeiner Teil

Ein Studienbuch

von

Dr. Helmut Köhler

em. o. Professor an der Universität München
Richter am OLG München a. D.

48., neu bearbeitete Auflage, 2024
des von Heinrich Lange begründeten Werkes

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitervorschlag: Köhler BGB AT § ... Rn ...


beck.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 81983 4
ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 81984 1

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Für die Neuauflage wurde das Buch auf den derzeitigen Stand der Rechtsentwicklung in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum gebracht. Anregungen und Kritik sind stets willkommen (H.Koehler@jura.uni-muenchen.de).

München, im Juli 2024

Helmut Köhler


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXVII
Schrifttum zum Allgemeinen Teil des BGB	XXIX

1. Kapitel. Einführung in das Privatrecht

§ 1. Recht und Rechtsquellen	1
A. Das Recht	1
I. Die Struktur des Rechts	1
II. Die Aufgabe des Rechts	1
B. Die Rechtsquellen	2
I. Rechtsprinzip und Rechtssatz	2
II. Gesetztes Recht und Gewohnheitsrecht	2
1. Gesetztes Recht	2
2. Gewohnheitsrecht	3
a) Entstehung und Begriff des Gewohnheitsrechts	3
b) Gleichberechtigung von Gewohnheitsrecht und Gesetzesrecht ..	3
c) Außerkrafttreten des Gewohnheitsrechts	3
III. Richterrecht und Verkehrssitte	4
1. Richterrecht	4
2. Verkehrssitte	4
§ 2. Privatrecht und öffentliches Recht	5
A. Die Abgrenzung und ihre Bedeutung	5
B. Die Einteilung des Privatrechts und des öffentlichen Rechts	6
I. Die Gebiete des Privatrechts	6
II. Die Gebiete des öffentlichen Rechts	7
C. Das Zusammenwirken von Privatrecht und öffentlichem Recht	8
§ 3. Das bürgerliche Recht	9
A. Das Bürgerliche Gesetzbuch als Grundlage des bürgerlichen Rechts	9
I. Die Entstehung des BGB	9
II. Die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des BGB ..	10
III. Aufbau und Inhalt des BGB	12
IV. Sprache und Regelungstechnik des BGB	12
V. Inhaltliche Einteilung der Normen des BGB	14
1. Strenges und billiges Recht	14
2. Zwingendes und dispositives Recht; Auslegungsregeln	15
B. Die Fortentwicklung des bürgerlichen Rechts	16
I. Das Kaiserreich	16
II. Die Weimarer Republik	17
III. Die nationalsozialistische Herrschaft	17
IV. Die Besatzungszeit	18
V. Die Entwicklung in der ehemaligen DDR	18
VI. Die Entwicklung in der Bundesrepublik	18

1. Die Bedeutung des Grundgesetzes	18
2. Die Rechtsentwicklung auf einzelnen Gebieten	19
VII. Der Einfluss des Unionsrechts auf das Bürgerliche Recht	20
1. Die Rechtsangleichung als Ziel der Union	20
2. Die Mittel der Rechtsangleichung	20
a) Die Verordnung	20
b) Die Richtlinie	20
3. Der Einfluss der Richtlinien auf das Bürgerliche Recht	21
4. Die richtlinienkonforme Auslegung	21
5. Fehlerhafte Umsetzung einer Richtlinie	22
6. Der Einfluss des AEUV auf das Bürgerliche Recht	22
7. Künftiges Europäisches Zivilgesetzbuch	22
C. Der Geltungsbereich des Bürgerlichen Gesetzbuchs	23
I. Der sachliche Geltungsbereich	23
II. Der zeitliche Geltungsbereich	23
III. Der räumliche Geltungsbereich	23
§ 4. Anwendung, Auslegung und Fortbildung des Privatrechts	25
A. Die Rechtsanwendung im Allgemeinen	25
I. Ermittlung eines für den Lebenssachverhalt in Betracht kommenden Rechtssatzes	25
II. Prüfung, ob der Lebenssachverhalt den Tatbestand der Rechtsnorm erfüllt (Subsumtion)	25
III. Feststellung der sich daraus ergebenden Rechtsfolge	25
B. Die Rechtsanwendung im Prozess	25
I. Die Stellung des Richters	25
II. Die Aufgabe des Richters im Prozess	26
1. Die Klageerhebung	26
2. Die mündliche Verhandlung	26
3. Die Beweisaufnahme	26
4. Das Urteil	26
C. Die Gesetzesauslegung	27
I. Die Notwendigkeit der Gesetzesauslegung	27
II. Das Ziel der Gesetzesauslegung	27
III. Die Methoden der Gesetzesauslegung	27
1. Die sprachlich-grammatische Auslegung	28
2. Die systematische Auslegung	28
3. Die historische Auslegung	28
4. Die teleologische Auslegung	29
5. Exkurs: Die ökonomische Analyse des Rechts	29
IV. Die Berücksichtigung übergeordneter Rechtsnormen bei der Auslegung	30
D. Die Rechtsfortbildung	30
I. Ausfüllung von Gesetzeslücken	30
1. Analogie	30
2. Teleologische Reduktion	31
II. Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung	31

2. Kapitel. Die Rechtsgeschäftslehre

§ 5. Grundlagen und Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre 33

A. Der Grundsatz der Privatautonomie 33

 I. Die Bedeutung der Privatautonomie 33

 II. Die Schranken der Privatautonomie 34

 1. Schranken der Abschlussfreiheit 34

 a) Zum Schutze des Handelnden 34

 b) Zum Schutze Dritter 35

 2. Schranken der Inhaltsfreiheit 35

 a) Zum Schutze des Vertragspartners 35

 b) Zum Schutze Dritter und der Allgemeinheit 35

 3. Schranken der Formfreiheit 35

 4. Schutz vor Diskriminierung 35

B. Die Lehre vom Rechtsgeschäft und von der Vertrauenshaftung 35

C. Die Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre 37

 I. Begriff und Bedeutung des Rechtsgeschäfts 37

 II. Tatbestand und Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts 37

 III. Geschäftsähnliche Handlung und Realakt 38

 1. Geschäftsähnliche Handlung 38

 2. Realakt 38

 3. Zweifelsfragen 39

D. Die Einteilung der Rechtsgeschäfte 39

 I. Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte 39

 II. Rechtsgeschäfte unter Lebenden und von Todes wegen 40

 III. Vermögensrechtliche und personenrechtliche Rechtsgeschäfte 40

 IV. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte 40

 1. Begriff, Bedeutung und Unterschiede 40

 2. Das Trennungs- und Abstraktionsprinzip 42

 3. Die Folgen des Abstraktionsprinzips bei Unwirksamkeit nur des Verpflichtungsgeschäfts („Leistungskondition“) 43

 4. Die Folgen des Abstraktionsprinzips bei Unwirksamkeit nur des Verfügungsgeschäfts 44

 V. Treuhandgeschäfte 44

 VI. Verbraucherverträge 45

 1. Die Begriffe des „Verbrauchers“ und des „Unternehmers“ 45

 a) „Verbraucher“ 45

 b) „Unternehmer“ 46

 2. Einzelne Verbrauchervertragsregelungen 47

 3. Durchsetzung der Verbraucherschutzregelungen 47

§ 6. Die Willenserklärung 48

A. Begriff und Arten der Willenserklärung 48

 I. Der Begriff der Willenserklärung 48

 1. Der objektive Tatbestand 48

 2. Der subjektive Tatbestand 50

 II. Die Arten der Willenserklärung 51

 1. Ausdrückliche und konkludente Willenserklärung 51

2. Schweigen als Willenserklärung	52
a) Schweigen als Erklärungshandlung	52
b) Schweigen mit Erklärungswirkung	52
3. Automatisierte Willenserklärungen	53
4. Online abgegebene Willenserklärungen	53
B. Das Wirksamwerden der Willenserklärung	53
I. Grundsatz	53
II. Empfangsbedürftige und nichtempfangsbedürftige Willenserklärungen	53
III. Die Abgabe der Willenserklärung	54
IV. Der Zugang der Willenserklärung	56
1. Der Begriff des Zugangs	56
2. Einzelfragen	58
a) Zustellung durch die Post	58
b) Einschaltung einer Mittelsperson	59
c) Einschaltung von elektronischen Kommunikationssystemen	60
d) Erklärungen unter Anwesenden	61
e) Formbedürftige Willenserklärungen	61
f) Beweis des Zugangs	61
g) Abweichende Regelungen	62
3. Der Widerruf der Erklärung	62
4. Tod und Geschäftsunfähigkeit des Erklärenden (§ 130 Abs. 2 BGB)	62
5. Geschäftsunfähigkeit und beschränkte Geschäftsfähigkeit des Empfängers (§ 131 BGB)	63
6. Zustellung als Zugangersatz	64
7. Zugangshindernisse, insbes. Vereitelung oder Verzögerung des Zugangs	65
§ 7. Die Willensmängel	66
A. Überblick	66
B. Fehlen des Handlungswillens, des Erklärungsbewusstseins und des Geschäftswillens	67
I. Fehlen des Handlungswillens	67
II. Fehlen des Erklärungsbewusstseins	68
III. Fehlen des Geschäftswillens	69
C. Geheimer Vorbehalt, Scheingeschäft und nichternstliche Erklärung	70
I. Der geheime Vorbehalt (§ 116 BGB)	70
II. Das Scheingeschäft (§ 117 BGB)	71
1. Begriff und Bedeutung des Scheingeschäfts	71
2. Abgrenzung	72
3. Der Schutz Dritter beim Scheingeschäft	72
4. Das verdeckte Geschäft	73
III. Die nichternstliche Erklärung (§ 118 BGB)	73
1. Begriff und Bedeutung	73
2. Abgrenzung	74
D. Der Irrtum	74
I. Allgemeines	74
II. Die einzelnen Irrtumstatbestände	75
1. Der Erklärungsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 2 BGB)	75

2. Der Inhaltsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB)	75
3. Der Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2 BGB)	76
4. Der Übermittlungsirrtum (§ 120 BGB)	78
III. Abgrenzungsfragen	79
1. Das Unterschreiben einer ungelesenen Urkunde	79
2. Der Irrtum über die Rechtsfolgen	80
3. Der Kalkulationsirrtum und der beiderseitige Motivirrtum	80
4. Die automatisierte Willenserklärung	82
5. Die abredewidrige Blankettausfüllung	82
IV. Einschränkungen der Anfechtbarkeit	83
1. Die subjektive und objektive Erheblichkeit des Irrtums	83
2. Die Anfechtungsfrist (§ 121 Abs. 1 S. 1 BGB)	83
3. Sonstige Einschränkungen	84
a) Einverständnis des Gegners mit wirklich gewolltem Geschäftsinhalt	84
b) Vorrang der geschäftstypischen Risikoverteilung	85
c) Vorrang der Mängelhaftung vor der Anfechtung nach § 119 Abs. 2 BGB?	85
d) Einschränkung der Anfechtung bei Arbeits- und Gesellschaftsverträgen	85
e) Ausschluss der Anfechtung durch Vereinbarung	86
V. Die Anfechtung und ihre Folgen	86
E. Die arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	87
I. Allgemeines	87
II. Die arglistige Täuschung	87
1. Täuschung	87
2. Kausalität zwischen Täuschung und Willenserklärung	88
3. Arglist	89
4. Person des Täuschenden	89
5. Beweislast	91
III. Die widerrechtliche Drohung	91
1. Drohung	91
2. Kausalität zwischen Drohung und Erklärung	92
3. Widerrechtlichkeit der Handlung	92
a) Widerrechtlichkeit des Mittels	93
b) Widerrechtlichkeit des Zwecks	93
c) Inadäquanz von Mittel und Zweck	93
IV. Rechtsfolgen der Willensbeeinflussung durch arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	94
1. Anfechtbarkeit und Anfechtung	94
2. Einschränkungen der Anfechtbarkeit	94
3. Die Anfechtungsfristen	95
4. Konkurrenzfragen	95
a) Das Verhältnis zu Nichtigkeits- und sonstigen Anfechtungsgründen	95
b) Das Verhältnis zu Leistungsstörungsregeln	96
c) Das Verhältnis zu Schadensersatzansprüchen	96

F. Allgemeine Regelungen zur Anfechtung	97
I. Begriff der Anfechtbarkeit und der Anfechtung	97
1. Begriff der Anfechtbarkeit	97
2. Gegenstand der Anfechtung	97
3. Abgrenzung	98
II. Voraussetzungen der Anfechtung	98
1. Zulässigkeit der Anfechtung	98
2. Anfechtungsgründe	99
3. Anfechtungsfristen	99
III. Anfechtungsrecht, Anfechtungserklärung, Anfechtungsgegner	99
1. Das Anfechtungsrecht	99
2. Die Anfechtungserklärung	100
3. Der Anfechtungsgegner	101
IV. Die Wirkungen der Anfechtung	101
1. Rückwirkung	101
2. Folgen des Kennens und Kennenmüssens der Anfechtbarkeit	102
3. Wirkung gegenüber Dritten	102
V. Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144 BGB)	103
§ 8. Der Vertrag	104
A. Allgemeines	104
I. Funktion, Begriff und Arten des Vertrages	104
II. Das Zustandekommen des Vertrages	105
III. Vertragsverhandlungen und Vertragsverhältnis	105
B. Das Angebot	106
I. Die Voraussetzungen des Angebots	106
1. Die Bestimmtheit des Angebots	106
2. Die Verbindlichkeit des Angebots	107
II. Rechtsfolgen des Angebots	108
1. Bindung an das Angebot	108
2. Die Rechtsposition des Angebotsempfängers	110
3. Das Erlöschen des Angebots	110
C. Die Annahme	112
I. Begriff und Bedeutung der Annahme	112
II. Erklärung der Annahme	113
III. Annahme durch „sozialtypisches Verhalten“	115
IV. „Auftragsbestätigung“ und „kaufmännisches Bestätigungsschreiben“	115
1. Abgrenzung	115
2. Bedeutung des Schweigens auf ein Bestätigungsschreiben	116
3. Voraussetzungen des Vertrauensschutzes	116
4. Grenzen des Vertrauensschutzes	117
5. Unkenntnis und Willensmängel beim Empfänger	117
D. Sonderregelungen für den Widerruf einer Vertragserklärung	118
I. Die verbraucherschützenden Widerrufsrechte	118
II. Widerrufserklärung, Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung	118
1. Widerrufserklärung	118
2. Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung	119
III. Rechtsnatur und Rechtsfolgen des Widerrufs	119

E. Der Einigungsmangel (Dissens)	120
I. Die Einigung als Wesensmerkmal des Vertrages	120
II. Der offene Dissens	120
III. Der versteckte Dissens	121
F. Vertragsfreiheit und Kontrahierungszwang	122
G. Vorvertrag und Optionsvertrag	124
I. Der Vorvertrag	124
II. Der Optionsvertrag	125
III. Exkurs: Die Festofferte	126
H. Der Vertragsschluss im Internet	126
I. Einführung	126
II. Das Zustandekommen des Vertrages im Internet	126
1. Angebot	127
2. Annahme	127
3. Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	128
III. Wirksamkeit von Willenserklärungen	128
1. Abgabe und Zugang	128
2. Willensmängel	128
3. Form	129
4. Bestellung über Schaltfläche („Button“)	129
§ 9. Die Auslegung des Rechtsgeschäfts	130
A. Begriff und Bedeutung der Rechtsgeschäftsauslegung	131
B. Auslegungsgegenstand und Auslegungsmittel	131
C. Auslegungsziele	132
I. Die möglichen Auslegungsziele und die Bedeutung der Interessenlage	132
II. Die Auslegung von Testamenten	132
III. Die Auslegung von empfangsbedürftigen Willenserklärungen	132
IV. Die Auslegung von Erklärungen an die Allgemeinheit	134
D. Einzelne allgemeine Auslegungsgrundsätze	134
I. Das Verbot der Buchstabenauslegung	134
II. Das Gebot der Berücksichtigung von Treu und Glauben und der Verkehrssitte (§ 157 BGB)	135
III. Der Vorrang des übereinstimmend Gewollten	136
IV. Die Auslegung formbedürftiger Erklärungen	136
E. Die ergänzende Vertragsauslegung	137
I. Vorrang der Vertragsergänzung durch dispositives Recht	137
II. Anwendungsbereich und Funktion der ergänzenden Vertragsauslegung	138
1. Voraussetzungen	138
2. Durchführung	138
III. Ergänzende Vertragsauslegung und Grundsätze über die Geschäftsgrundlage	139
§ 10. Die Geschäftsfähigkeit	140
A. Geschäftsfähigkeit, Geschäftsunfähigkeit, beschränkte Geschäftsfähigkeit	140
I. Die Geschäftsfähigkeit	140
II. Die Geschäftsunfähigkeit	140
III. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	141

B. Die Rechtsfolgen der Geschäftsunfähigkeit	141
C. Die Rechtsfolgen der beschränkten Geschäftsfähigkeit	143
I. Die Abgrenzung von zustimmungsfreien und zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäften	143
1. Verpflichtungsgeschäfte	144
2. Verfügungsgeschäfte	145
3. Annahme einer Leistung als Erfüllung	147
4. Ausübung von Gestaltungsrechten und Ablehnung von Angeboten	147
5. Rechtlich neutrale Geschäfte	148
II. Die Einwilligung	149
1. Begriff der Einwilligung	149
2. Arten der Einwilligung	149
a) Die Einzeleinwilligung	150
b) Die Generaleinwilligung	150
c) Die Einwilligung durch Überlassung von Mitteln („Taschengeldparagraf“, § 110 BGB)	150
III. Die Rechtsfolgen fehlender Einwilligung	152
1. Einseitige Rechtsgeschäfte	152
2. Verträge	152
IV. Die Handels- und Arbeitsmündigkeit	153
1. Die Handelsmündigkeit	154
2. Die Arbeitsmündigkeit	154
V. Die datenschutzrechtliche Einwilligung durch Minderjährige	154
D. Vormundschaft, Pflegschaft für Minderjährige, rechtliche Betreuung	155
I. Vormundschaft	155
II. Pflegschaft für Minderjährige	155
III. Rechtliche Betreuung	155
§ 11. Die Vertretung	156
A. Allgemeines	157
I. Begriff und Funktion der Vertretung	157
1. Gesetzliche Vertretung	157
2. Gewillkürte Vertretung	158
II. Voraussetzungen und Folgen der Vertretung	158
III. Zulässigkeit der Vertretung	159
IV. Anwendungsbereich der Vertretung	159
V. Abgrenzung	159
1. Bote	159
2. Abschlussvermittler	159
3. Verhandlungsgehilfe	159
4. Mittelbarer (Stell)Vertreter	159
5. Treuhänder	160
6. Gesetzliche Vermögensverwalter	160
7. Wissensvertreter	160
B. Das Handeln in fremdem Namen	160
I. Abgabe einer eigenen Willenserklärung (Abgrenzung zum Boten)	160
II. Auftreten in fremdem Namen (Offenkundigkeitsprinzip)	161
III. Das „verdeckte Geschäft für den, den es angeht“	162

IV. Die „mittelbare Stellvertretung“	163
V. Das „Handeln unter fremdem Namen“	163
C. Die Vollmacht	164
I. Begriff und Erteilung der Vollmacht	164
II. Vollmacht und Innenverhältnis	165
III. Form der Vollmacht und Vertretergeschäft	165
IV. Vollmacht und Willensmängel	166
V. Erlöschen der Vollmacht	167
1. Erledigung der Vollmacht	168
2. Erlöschen nach Maßgabe des Innenverhältnisses	168
3. Verzicht auf die Vollmacht	169
4. Widerruf der Vollmacht	169
5. Tod und Geschäftsunfähigkeit des Vollmachtgebers	170
6. Tod und Geschäftsunfähigkeit des Bevollmächtigten	170
D. Die Vollmacht kraft Rechtsscheins, insbesondere die Duldungs- und Anscheinsvollmacht	170
I. Gesetzlich geregelte Fälle der Rechtsscheinvollmacht	171
1. Rechtsschein des Fortbestands einer Außenvollmacht	171
2. Rechtsschein durch Kundgabe der Bevollmächtigung	171
3. Aushändigung einer Vollmachtsurkunde	171
4. Sonstige Fälle	172
II. Duldungs- und Anscheinsvollmacht	172
1. Duldungsvollmacht	173
2. Anscheinsvollmacht	174
III. Weitere Voraussetzungen der Rechtsscheinvollmacht	175
E. Das Vertretergeschäft	176
I. Auslegung	176
II. Willensmängel	177
III. Kennen und Kennenmüssen von Umständen	178
IV. Erweiterte Wissenszurechnung	179
1. Wissenszurechnung bei Vertretern einer juristischen Person	179
2. Wissenszurechnung bei „Wissensvertretern“	179
3. Wissenszurechnung innerhalb einer arbeitsteiligen Organisation	179
F. Umfang und Grenzen der Vertretungsmacht	180
I. Der Umfang der Vertretungsmacht	180
1. Gesetzliche Vertretungsmacht	180
2. Organschaftliche Vertretungsmacht	180
3. Vollmacht	181
a) Allgemeines	181
b) Untervollmacht	181
c) Spezial-, Gattungs- und Generalvollmacht	182
d) Transmortale und postmortale Vollmacht	182
e) Verdrängende Vollmacht?	183
II. Einzel- und Gesamtvertretung	183
III. Der Missbrauch der Vertretungsmacht und die Kollusion	183
IV. Das Insichgeschäft	185
G. Handeln ohne Vertretungsmacht	186
I. Die Folgen für das Vertretergeschäft	186

1. Verträge	186
2. Einseitige Rechtsgeschäfte	187
II. Die Haftung des Vertreters (§ 179 BGB)	188
1. Die Haftung bei Kenntnis von der fehlenden Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 1 BGB)	188
2. Die Haftung bei Unkenntnis von der fehlenden Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 2 BGB)	189
3. Ausschluss der Haftung (§ 179 Abs. 3 BGB)	189
4. Fragen der Beweislast und des Wahlrechts des Gegners bei der Rechtsscheinvollmacht	190
5. Einzelfragen	190
III. Das Verhältnis zwischen Vertreter und Vertretenem	191
IV. Das Verhältnis zwischen Vertretenem und Drittem	191
§ 12. Die Form des Rechtsgeschäfts	192
A. Die Formfreiheit als Grundsatz	192
B. Gesetzliche und gewillkürte Form	192
C. Die Formzwecke	193
D. Die Arten der Form	194
I. Die schriftliche Form (§§ 126, 127 BGB)	194
II. Die elektronische Form (§ 126a BGB, § 127 Abs. 1, 3 BGB)	196
III. Die Textform (§§ 126b, 127 Abs. 1 BGB)	197
IV. Die öffentliche Beglaubigung (§ 129 BGB)	198
V. Die notarielle Beurkundung (§§ 127 a, 128 BGB)	199
E. Die Nichteinhaltung gesetzlicher Formvorschriften	199
I. Nichtigkeit als Folge des Formverstößes	199
II. Heilung des Formmangels	200
III. Unbeachtlichkeit der Formverletzung aus Billigkeitsgründen?	200
1. Das Problem: Rechtssicherheit contra Billigkeit	200
2. Die Rechtslage bei Verpflichtungsgeschäften	200
3. Die Rechtslage bei sonstigen Rechtsgeschäften	202
F. Nichteinhaltung der gewillkürten Form	202
§ 13. Der Inhalt des Rechtsgeschäfts	203
A. Allgemeines	203
I. Einschränkungen der rechtsgeschäftlichen Gestaltungsmacht	203
1. Der rechtsgeschäftliche Typenzwang	203
2. Die Unzulässigkeit rechtsgeschäftlicher Veräußerungsverbote (§ 137 S. 1 BGB)	204
II. Einschränkungen der inhaltlichen Gestaltungsfreiheit	204
1. Einschränkungen durch zwingende Rechtsnormen	205
2. Einschränkungen durch das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	205
3. Einschränkungen durch die Generalklauseln	205
4. Das Problem der Vertragsgerechtigkeit	205
B. Der Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 BGB)	206
I. Allgemeines	206
II. Vorliegen eines Verbotsgesetzes	206

III. Rechtsfolgen	207
1. Das Verpflichtungsgeschäft	207
2. Das Erfüllungsgeschäft	208
3. Die Rückabwicklung	208
4. Schadensersatzansprüche	209
IV. Die Gesetzesumgehung	209
C. Der Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138 BGB)	209
I. Der Begriff der „guten Sitten“	209
1. Die gesellschaftlichen Wertvorstellungen	210
2. Die rechtlichen Wertungen	210
3. Der Beurteilungszeitpunkt	210
II. Die Feststellung der Sittenwidrigkeit	211
III. Fallgruppen	212
1. Machtmissbrauch	212
2. Gefährdung Dritter oder der Allgemeinheit	212
3. Knebelungsverträge	213
4. Wettbewerbsverbote	213
5. Verstöße gegen die Sexualmoral	213
6. Wucherähnliches Geschäft	214
IV. Die Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit	215
1. Allgemeines	215
2. Nichtigkeit des Erfüllungsgeschäfts	215
3. Rückabwicklung	216
4. Verhältnis zur AGB-Kontrolle	216
5. Ersatzansprüche des Benachteiligten	216
D. Das Wuchergeschäft (§ 138 Abs. 2 BGB)	217
I. Der Tatbestand des Wuchergeschäfts	217
1. Objektive Voraussetzungen	217
2. Subjektive Voraussetzungen	218
II. Die Rechtsfolgen	219
1. Das Verpflichtungsgeschäft	219
2. Das Erfüllungsgeschäft	219
3. Die Rückabwicklung	219
§ 14. Zustimmung, Bedingung und Befristung	220
A. Die Zustimmung	220
I. Begriff und Bedeutung der Zustimmung	220
II. Einzelheiten zur Zustimmung	221
III. Die Verfügung eines Nichtberechtigten	222
IV. Die „Ermächtigung“	223
1. Verfügungsermächtigung	223
2. Ausübungs-, insbesondere Einziehungsermächtigung	224
3. Verpflichtungsermächtigung?	224
B. Die Bedingung	225
I. Begriff und Bedeutung der Bedingung	225
1. Allgemeines	225
2. Arten der Bedingung	226
II. Die Zulässigkeit der Bedingung	226

III. Die Wirksamkeit der Bedingung	227
IV. Die Wirkungen der Bedingung	227
1. Der Eintritt der Bedingung	227
2. Der Ausfall der Bedingung	228
3. Der Schwebezustand	228
C. Die Befristung	230
D. Exkurs: Die Berechnung von Fristen und Terminen	230
§ 15. Das unwirksame Rechtsgeschäft	231
A. Die Nichtigkeit	231
I. Begriff und Bedeutung der Nichtigkeit	231
II. Die Teilnichtigkeit (§ 139 BGB)	232
1. Allgemeines	232
2. Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	232
3. Rechtsfolgen	233
4. Vorrang des abweichenden Parteiwillens	234
III. Die Umdeutung (§ 140 BGB)	235
1. Allgemeines	235
2. Vorrang der Auslegung	235
3. Voraussetzungen der Umdeutung	235
4. Rechtsfolgen	236
5. Ausschluss der Umdeutung	236
IV. Die Bestätigung des nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141 BGB)	236
1. Allgemeines	236
2. Voraussetzungen	237
3. Rechtsfolgen	237
B. Die schwebende Unwirksamkeit	238
C. Die relative Unwirksamkeit	238
D. Nichtigkeit und Gestaltungsrechte	239
§ 16. Die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	240
A. Allgemeines	240
B. Der Begriff der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“	241
I. Die gesetzliche Definition (§ 305 Abs. 1 S. 1 BGB)	241
1. Vertragsbedingungen	241
2. Vorformulierung	242
3. Vielzahl von Verträgen	242
4. Stellen der Vertragsbedingungen	242
II. Abgrenzung zur Individualabrede (§ 305 Abs. 1 S. 3 BGB)	243
C. Sonderregelung für Verbraucherverträge	244
I. Begriff des „Verbrauchervertrags“	244
II. Kontrolle von „Drittbedingungen“ (§ 310 Abs. 3 Nr. 1 BGB)	244
III. Kontrolle von „Einmalbedingungen“ (§ 310 Abs. 3 Nr. 2 BGB)	244
IV. Erweiterte Inhaltskontrolle (§ 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB)	245
D. Die Einbeziehung von AGB in den Vertrag	245
I. Die Einbeziehungsvereinbarung	245
1. Ausdrücklicher Hinweis auf die AGB bei Vertragsschluss	245
2. Verschaffung der Möglichkeit der Kenntnisnahme	245
3. Einverständnis des Gegners	246

II. Exkurs: Kollidierende AGB	246
E. Überraschende Klauseln	247
F. Die Auslegung von AGB	247
I. Der Grundsatz der objektiven Auslegung	248
II. Der Vorrang der Individualabrede (§ 305 b BGB)	248
III. Die Unklarheitenregel (§ 305 c Abs. 2 BGB)	249
G. Die Inhaltskontrolle von AGB und das Umgehungsverbot	250
I. Die Inhaltskontrolle von AGB	250
II. Das Umgehungsverbot	250
H. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit von AGB	251

3. Kapitel. Das subjektive Recht

§ 17. Rechtsverhältnis und subjektives Recht

A. Das Rechtsverhältnis	254
I. Begriff	254
II. Inhalt	254
III. Entstehen, Änderung und Ende	254
B. Das subjektive Recht	255
I. Begriff und Bedeutung	255
II. Arten	255
1. Absolute Rechte	255
2. Relative Rechte	256
3. Sonstige Arten	258
III. Erwerb und Verlust	258
1. Erwerb	258
2. Verlust	259
IV. Die Rechtsausübung	260
V. Grenzen der Rechtsausübung	261
1. Schikane	261
2. Sittenwidrige Rechtsausübung	261
3. Treuwidrige Rechtsausübung	262
C. Pflichten und Obliegenheiten	263
I. Pflichten	263
II. Obliegenheiten	263

§ 18. Anspruch, Einwendung und Einrede

A. Anspruch	264
I. Begriff und Bedeutung des Anspruchs	264
II. Arten des Anspruchs	264
III. Anspruchsgrundlage	264
IV. Allgemeine Regeln	264
V. Mehrheit von Ansprüchen und Anspruchsgrundlagen	265
B. Einwendungen und Einreden	265
I. Einwendungen	265
II. Einreden	265
III. Berücksichtigung von Einwendung und Einrede im Prozess	266
1. Bestreiten der Klagetatsache („Klageleugnen“)	266

2. Vorbringen von Verteidigungstatsachen („Einreden im prozessrechtlichen Sinn“)	266
C. Die Einrede der Verjährung	267
I. Begriff und Zweck der Verjährung	267
II. Anwendungsbereich der Verjährung	267
III. Verjährungsfristen	267
1. Grundsatz	267
2. Spezialregelungen	268
IV. Beginn der Verjährung	268
1. Beginn der regelmäßigen Verjährungsfrist	268
2. Beginn sonstiger Verjährungsfristen	269
V. Verjährungshindernisse	269
VI. Wirkungen der Verjährung	270
1. Entstehen eines Leistungsverweigerungsrechts	270
2. Keine Rückforderung des Geleisteten	271
3. Fortbestand dinglicher Sicherheiten	271
VII. Regelung der Verjährung durch Rechtsgeschäft	271
1. Grundsatz der Vertragsfreiheit	271
2. Erschwerung der Verjährung	271
3. Erleichterung der Verjährung	272
§ 19. Rechtsdurchsetzung und Rechtsschutz	272
A. Der staatliche Rechtsschutz	272
I. Erkenntnisverfahren	272
II. Vollstreckungsverfahren	273
III. Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	273
B. Selbstverteidigung (Notwehr, Notstand) und Selbsthilfe	273
I. Überblick	273
II. Notwehr	273
1. Begriff und Voraussetzungen	273
2. Rechtsfolge	274
III. Notstand	275
1. Begriff und Arten des Notstands	275
2. Verteidigungsnotstand (§ 228 BGB)	275
3. Angriffsnotstand	276
IV. Selbsthilfe (§§ 229–231 BGB)	276
1. Begriff der Selbsthilfe	276
2. Voraussetzungen der Selbsthilfe	276
3. Mittel der Selbsthilfe	277
4. Grenzen der Selbsthilfe	277
5. Rechtsfolge	277
4. Kapitel. Die Rechtssubjekte	
§ 20. Die natürlichen Personen	278
A. Der Mensch als Rechtssubjekt	278
B. Die Rechtsfähigkeit des Menschen	278
I. Begriff und Bedeutung der Rechtsfähigkeit	278

II. Beginn der Rechtsfähigkeit	278
III. Ende der Rechtsfähigkeit	279
IV. Beweisfragen und Todeserklärung	279
V. Rechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit	279
VI. Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit	280
C. Der Wohnsitz	280
I. Begriff und Bedeutung	280
II. Gewählter und gesetzlicher Wohnsitz	281
D. Name und Namensschutz	281
I. Begriff und Arten des Namens	281
II. Das Namensrecht	282
III. Der Schutz des Namens	282
1. Namensbestreitung	282
2. Namensanmaßung	282
3. Verletzungsfolgen	284
IV. Die Ausdehnung des Namensschutzes	284
E. Der allgemeine Persönlichkeitsschutz	284
§ 21. Juristische Personen	285
A. Allgemeines	285
I. Begriff und Bedeutung	285
II. Arten und Entstehung der juristischen Person	286
1. Juristische Personen des Privatrechts	286
2. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	287
III. Die Relativierung der juristischen Person	287
1. Verein und Gesellschaft als Organisationsmodelle	287
2. Die „rechtsfähige Personengesellschaft“	287
B. Der rechtsfähige Verein	288
I. Entstehung	288
1. Gründungsvertrag	288
2. Erlangung der Rechtsfähigkeit	288
3. Vorverein	289
II. Mitgliedschaft	289
1. Begründung und Beendigung	289
2. Inhalt	290
3. Vereinsstrafen	290
III. Organisation und Willensbildung	291
1. Die Vereinsverfassung	291
2. Die Organe des Vereins	292
a) Der Vorstand	292
b) Die Mitgliederversammlung	293
IV. Vertretung und Haftung	294
1. Vertretung bei Rechtsgeschäften	294
2. Haftung des Vereins	294
a) Die Organ- und Repräsentantenhaftung (§ 31 BGB)	295
b) Gehilfenhaftung	296
c) Haftung für Organisationsmängel	297
d) Haftung der Vereinsmitglieder?	298

V. Haftung von Vorstandsmitgliedern	298
VI. Erlöschen, Auflösung und Verlust der Rechtsfähigkeit des Vereins	298
1. Erlöschen und Auflösung	298
2. Verlust der Rechtsfähigkeit	298
3. Liquidation	298
C. Vereine ohne Rechtspersönlichkeit	299
I. Rechtsentwicklung	299
II. Teilnahme am Rechtsverkehr	299
III. Rechtsverfolgung durch und gegen den Verein	300
IV. Haftung	300
1. Haftung der Vereinsmitglieder	300
2. Die Haftung des Handelnden (§ 54 Abs. 2 BGB)	300
D. Die Stiftung	301
I. Begriff und Bedeutung	301
II. Entstehen, Verfassung und Erlöschen der Stiftung	301
1. Entstehen der Stiftung	301
2. Verfassung der Stiftung	302
3. Erlöschen der Stiftung	302

5. Kapitel. Die Rechtsobjekte

§ 22. Rechtsobjekt, Vermögen und Unternehmen	303
A. Die Rechtsobjekte	303
I. Begriff und Bedeutung	303
II. Abgrenzung	303
B. Das Vermögen	304
I. Begriff	304
II. Bedeutung	304
C. Das Unternehmen	306
I. Begriff	306
II. Bedeutung	306
§ 23. Sache, Bestandteil, Zubehör und Nutzungen	307
A. Die Sachen	307
I. Begriff und Abgrenzung	307
II. Arten	308
1. Unbewegliche und bewegliche Sachen	308
2. Vertretbare Sachen und Gattungssachen	308
3. Verbrauchbare Sachen	309
4. Teilbare Sachen	309
B. Einzelsache und Sachgesamtheit	309
C. Die Bestandteile	310
I. Begriff	310
II. Arten	310
1. Die allgemeine Regelung für wesentliche Bestandteile (§ 93 BGB) ..	310
2. Die Regelung für Grundstücke (§§ 94–96 BGB)	311
III. Rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung	312
1. Rechtliche Bedeutung	312
2. Wirtschaftliche Bedeutung	312

D. Das Zubehör	312
I. Begriff	313
1. Selbstständige bewegliche Sache	313
2. Funktioneller Zusammenhang	313
3. Räumlicher Zusammenhang	313
4. Vorrang der Verkehrsauffassung	313
II. Rechtliche Bedeutung	314
E. Nutzungen, Früchte und Lasten	314
I. Begriffe	314
II. Bedeutung	315
§ 24. Digitale Produkte	316
A. Begriff und Beispiele	316
B. Vertragsrechtliche Regelungen	316
Anhang. Technik der Fallbearbeitung	317
A. Vorbereitung der Niederschrift	317
B. Aufbau und Gestaltung der Niederschrift	319
C. Muster eines Falles mit Lösung	322
Sachverzeichnis	325

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG